



Pressekonferenz

Dr.ⁱⁿ Gabriela Moser
Bautensprecherin der Grünen

Eindämmen der Heizkosten droht zu scheitern

Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über einheitliche Energiestandards im Wohnbereich auf der Kippe - Während die Heizkosten explodieren, drohen Bundesländer bessere einheitliche Energiesparstandards im Wohnbereich zu blockieren.

Moser: "Eine klimapolitische Gesamtausrichtung der Wohnbauförderung und Bauordnung bringt einen bedeutend höheren „Turbo-Energiespar-Effekt“ als das „Tröpferlbad“ des Klimafonds. Der derzeitige Stand der 15a-Verhandlungen verspielt effektiven Klimaschutz im Wohnbereich: keine konkrete verpflichtende Einhaltung von Energiesparstandards. Damit rückt selbst die Umsetzung der halbherzigen Regierungsziele bei der thermischen Optimierung von Gebäuden in die Sterne jenseits von 2014!"

Wien, am 22. Februar 2008

Situation

Die Heizperiode nähert sich dem Ende, die **Heiz- und Wohnkosten stiegen überdurchschnittlich** und beeinflussen die Inflationsrate höchst negativ, die **100 \$ Marke für ein Barrel Öl** wurde deutlich überschritten. Die politischen Schritte in Richtung Energiesparen und Klimaschutz bei Raumwärme treten auf der Stelle.

Dabei „schreit“ die Datenlage geradezu nach einer **Sanierungsoffensive im Wohnbau**:

Entwicklung des Wohnungsbestands	Wohneinheiten (Angaben in 1.000)		
	2005	2006	2007
Vor 1919	600	596	592
1919 bis 1944	268	263	258
1945 bis 1960	435	429	423
1961 bis 1970	540	539	539
1971 bis 1980	541	540	540
1981 bis 1990	484	484	484
1991 bis 2000	484	484	484
2001 und später	124	124	124
Wohneinheiten gesamt	3475	3460	3444

Abbildung: Entwicklung des Wohnbestands nach Bauperioden

Nach der von der Bundesregierung beschlossenen Klimastrategie sollten alle Nachkriegsbauten von 1945 bis 1980 thermisch saniert und dabei die **Energieeffizienz um 70% erhöht** werden. Dies würde österreichweit folgende Einsparungen ergeben (Quelle: IG Passivhaus):

- **52 % CO₂ – Einsparungen** durch Raumwärmemaßnahmen an den genannten Wohngebäuden
- Dabei könnten **rd. 4,69 Mio. t CO₂** durch Erreichen des **Passivhausstandards** eingespart werden und
- **3,95 Mio. t CO₂** durch die Nutzung **erneuerbarer Energieträger** eingespart werden
- Dies ergäbe eine **Gesamteinsparung von rd. 8,7 Mio. t CO₂**.
- Die dabei eingesparte **Heizenergie von rd. 15,14 TWh** entspricht einem Jahresverbrauch von rd. 1,5 Mio. PKW

Sanierungsrate: Ausgangspunkt ist die historische Sanierungsrate, die bei ca. 1 % des Bestandes liegt. Im Regierungsprogramm sowie in weiteren energiepolitischen Dokumenten (Klimastrategie der Bundesregierung, Masterplan Umwelttechnologie etc.) wird als Ziel für die thermische Sanierung des Gebäudebestands eine **Sanierungsrate von 3 %** formuliert.¹

¹ Energetisch sehr entscheidend ist die thermische Modernisierung der Gebäudehüllen. Die Sanierungsrate ist für jedes Jahr jeweils als Prozentsatz des Gesamtbestands (Bestand vor 2005 zuzüglich der bis zu diesem Jahr neu gebauten Wohneinheiten abzüglich der abgerissenen Wohneinheiten) definiert. Damit ergibt sich aus dem Gebäudebestand und der unterstellten Sanierungsrate eine absolute Anzahl an Wohneinheiten, die jedes Jahr modernisiert werden muss.

Eine Sanierungsrate von 3 % bedeutet in absoluten Zahlen die **Anzahl der modernisierten Wohnungen von etwa 35.000 auf über 100.000 jährlich zu erhöhen**. Im Sinne eines technisch möglichen Szenarios wird daher die Sanierungsrate von 1 % 2005 zum Jahr 2010 kontinuierlich auf 1,5 % im EFH-Bereich und 2 % im MFH-Bereich angehoben. Bis 2020 wird die Sanierungsrate auf 3 % angehoben und bleibt dann stabil.

Verhandlungspatt droht

Nächste Woche findet am 28.2. wiederum eine **Bund-Länder Runde über eine 15a-B-VG-Vereinbarung** über „gemeinsame Qualitätsstandards für die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohngebäuden zum Zwecke der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen“ statt. Seit rund einem Dreivierteljahr liegt ein Entwurf des Vertragstextes von Seiten des Bundes vor, der grundsätzlich ambitioniert, aber doch zu wenig weitgehend ist (vgl. Beilage1). Bis Sommer sollte ein **Verhandlungsergebnis** vorliegen, das im Herbst politisch beschlossen wird, sodass es mit 1.1. 2009 in Kraft treten kann und in Folge dessen die Bauordnungen und Wohnbauförderungen angepasst werden.

Ohne politische Intervention auf höchster Ebene droht ein Stillstand bei den Verhandlungen:

- Konsens bei den techn. Energiewerte für Neubauten/Sanierung in den zwei Stufen 2013 und 2016 möglich, aber **nach Ansicht der Grünen zu wenig ambitioniert**
- massiver **Widerstand der Bundesländer gegen Sanierungsrate**
- massiver Widerstand gegen Beitragszahlungen der Länder für **Kyoto-Pönale**
- fehlende Schritte des Bundes im **Wohnrecht** (MRG und WEG)
- **Finanzengpass**, wenn Neubau und Sanierung gleichzeitig

Eine Vereinbarung liegt jedoch allein im „**Good-will**“ der **Bundesländer**, die bis jetzt wenig Engagement zeigten. Wien und Tirol sollen einer gemeinsamen Regelung von Mindeststandards besonders ablehnend gegenüberstehen. Bis jetzt gibt es noch immer **keine Zustimmung der Länder zur nationalen Klimastrategie**.

Dies ist in erster Linie ein **Versäumnis von Finanzminister und Vizekanzler Molterer**. Denn im Rahmen des Finanzausgleichs verzichtete er bei der WBF auf klare Junktims in Richtung Klimaschutz im Sinne von Bundesgeld gibt es nur, wenn klare Klimaschutz-Standards erfüllt werden. Statt dessen heißt es im Entwurf des Paktums kryptisch: Wohnbauförderungsmittel **sollen** stärker für den Klimaschutz eingesetzt, Details **sollen** (!!!) spätestens 2009 in verpflichtenden Richtlinien per 15a Vereinbarungen festgeschrieben werden.

Die **Unübersichtlichkeit und Unterschiedlichkeit der Bauordnungen und Wohnbauförderung** in den einzelnen Bundesländern ist erheblich, die verschiedenen Wärmedämmungs-Standards schaden der Energie-Effizienz und dem Klimaschutz, sie **belasten die Geldbörse jeder BewohnerIn:**

- Die **neun unterschiedlichen Sanierungsförderungen und –standards** sind graphisch nicht mehr darstellbar.
- Das **Burgenland** verfügt als einziges Bundesland keine energetischen Mindeststandards für Neubau, was sich jetzt dank **grüner Verhandlungserfolge** ändern wird.
- Wohnbaugelder für Infrastruktur/Straßenbau verwendet werden. In der **Zweckzuschussgesetz-Novelle 2005** heißt es:

§ 1 (1) Der Bund gewährt den Ländern zum Zwecke der Finanzierung der Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung, der Finanzierung von Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Infrastruktur und zur Finanzierung von Maßnahmen zur Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen einen Zweckzuschuss in Höhe von 1 780 500 000 Euro jährlich.

(2) Der Zweckzuschuss wird auf die Länder wie folgt verteilt:

<i>Burgenland</i>	<i>51 206 000 Euro</i>
<i>Kärnten</i>	<i>114 470 000 Euro</i>
<i>Niederösterreich</i>	<i>299 788 000 Euro</i>
<i>Oberösterreich</i>	<i>285 651 000 Euro</i>
<i>Salzburg</i>	<i>112 593 000 Euro</i>
<i>Steiermark</i>	<i>238 160 000 Euro</i>
<i>Tirol</i>	<i>138 943 000 Euro</i>
<i>Vorarlberg</i>	<i>75 436 000 Euro</i>
<i>Wien</i>	<i>464 253 000 Euro</i>

2006 betrug der Anteil der WBF-Ausgaben für „Kyoto/Sonstiges“ rund 400 Mio Euro, der weitaus geringere Anteil davon für Kyoto-Maßnahmen.

- Das Beispiel Steiermark: Forderungsverkäufe, keine Rückflüsse, Einsatz von Fördermitteln in anderen Bereichen („Infrastruktur“); **geförderter Neubau praktisch zum Erliegen gekommen**
- Erfahrungen lehren, dass der Verkauf von aushaftenden Wohnbauförderungs-Darlehen vor allem dem **Stopfen der Landesbudget-Löcher** diene. Seit Jahrzehnten fließen ursprüngliche **Wohnbaugelder in Millionenhöhe in diverse von Wahlzyklen bestimmte landespolitische Aktivitäten:**

§1 (5) Rückflüsse aus Förderungen des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung, die aus Zweckzuschüssen des Bundes finanziert und die bis 31. Dezember 2000 zugesichert wurden, unterliegen keiner bundesgesetzlichen Zweckbindung.“

Molterer verpuscht den Finanzausgleich klimapolitisch

Trotz dieser **klimapolitischen Ineffizienz** bei der WBF verzichtete FM Molterer auf eine dringend notwendige ökologische Daumenschraube für die Bundesländer und ließ sich auf ein **Verhandlungspatt zu Lasten der Energieeffizienz und des Klimaschutzes** ein. Dort herrscht gerade im Bereich der Sanierung ein wahrer Förderungs-Dschungel: Einsparungsvolumina kaum mehr berechenbar (Beilagen 2 und 3). Außerdem müssen die klimapolitischen Anforderungen der WBF die der reformierten Bauordnungen deutlich übertreffen (Förderung vorgeschriebener Standards ist unsinnig).

Verhältnis Neubau - Sanierung

Eine bedenkliche Entwicklung aus energie- und klimapolitischer Sicht stellt der **Rückgang der Ausgaben für die Sanierungsförderung** dar. **Während 2005 der Anteil der Förderung für die Sanierung bei 23% der Gesamtausgaben der WBF lag, ist dieser Anteil 2006 auf 20% zurückgegangen.** Vor dem Hintergrund einer steigenden Nachfrage nach Neubauwohnungen und einer WBF, deren Volumen seit Jahren unverändert ist, ist eine Forcierung der Sanierungsraten - wie in der Klimastrategie gefordert - nur mit zusätzlichen Mitteln möglich.

Deshalb fordern die Grünen eine Sanierungsmilliarde für die nächsten 5 Jahre.

Die einzige Möglichkeit, dieses Ziel innerhalb der nächsten 5 Jahre mittels Bauordnung und Wohnbauförderung zu erreichen, ist **die 15a Vereinbarung**, der ein Begräbnis erster Klasse droht.

Moser: "Eine klimapolitische Gesamtausrichtung der Wohnbauförderung und Bauordnung bringt einen bedeutend höheren „Turbo-Energiespar-Effekt“ als das „Tröpferlbad“ des Klimafonds. Der derzeitige Stand der 15a-Verhandlungen verspielt effektiven Klimaschutz im Wohnbereich: keine konkrete verpflichtende Einhaltung von Energiesparstandards. Damit rückt selbst die Umsetzung der halbherzigen Regierungsziele bei der thermischen Optimierung von Gebäuden in die Sterne jenseits von 2014!"

Wohnbauförderung und Mietrecht gelten als Schlüssel zu Klimaschutz und Energiewende. Bis jetzt fehlt die sozial orientierte politische Umsetzung dieses Win-win-Projekts für Umwelt, Wirtschaft und persönliche Brieftasche.

Sowohl in den einzelnen Landtagen als auch auf Bundesebene stell(t)en die Grünen die entsprechenden Anträge zur Ökologisierung des Wohnens.